



Der Teilnehmerkreis der Wannseekonferenz ist seit langem bekannt, über die Bedeutung des Treffens wird in der Forschung aber bis heute kontrovers diskutiert.

Auch Globi ist ein Aargauer

Eine neue Kantonsgeschichte gibt dem Unbekannten ein Gesicht

URS HAFNER

Der Aargau ist einer der wenigen Kantone der Schweiz, die seltsam gesichtslos wirken. Man assoziiert ihn mit Autos und Atomkraftwerken, obschon man weiss, dass man damit Klischeebildung treibt. Wobei: Kein Kanton dürfte gemessen an seiner Fläche so viele Autobahnkilometer besitzen wie der Aargau, und AKW hätte er beinahe vier gezählt, doch die Anlage Kaiseraugst wurde 1975 von der demonstrierenden Bevölkerung verhindert. Auch das ist der Aargau.

Und nicht nur das: Er ist auch ein «Kulturkanton». Zahlreiche Institutionen sollen schon länger dazu beitragen, dass der Kanton wenn nicht ein Gesicht, so doch einen inneren Zusammenhalt, eine Identität erhält. Denn der Aargau ist ein so junges wie heterogenes Gebilde: 1803 setzte ihn Napoleon aus vier Regionen zusammen, die fortan zentrifugal nach Basel, Bern, Zürich und Luzern schielten. Die Stadt Aarau, 1798 kurz die Kapitale der Schweiz, ist das schwache Zentrum des bevölkerungsmässig viertgrössten Kantons der Schweiz. Ja, auch das ist der Aargau.

Eingriffe in die Landschaft

All dies und noch viel mehr ist der neuen Kantonsgeschichte zu entnehmen – einem Ziegelstein von Buch, das die Zeit von 1950 bis in die Gegenwart abdeckt. Unter der Leitung des Historischen Vereins Aargau ist es zehn Historikerinnen und Historikern gelungen, den Kanton inklusive seiner Vorgeschichte möglichst vollständig zu porträtieren. Das ist bemerkenswert, weil das Geschäft der Geschichtsschreibung umso schwieriger wird, je näher ihr Gegenstand zeitlich rückt. Nicht nur nimmt die Zahl der Quellen zu – der Historiker selbst wird Teil des Geschehens, das er aus der Distanz verstehen und deuten sollte.

Der Ziegelstein, der also von Mut zeugt, ist solides historiografisches Handwerk; auf Experimente verzichtet er. Der Schwerpunkt liegt auf dem Thema Raum und Mensch. Das kommt nicht von ungefähr: Nicht nur als Autobahndrehscheibe, sondern auch mit seinen Flüssen und dem Wasserschloss bei Brugg, das im Dienst der Energiegewinnung steht, sah sich der Aargau früh mit den Folgen massiver Landschaftseingriffe konfrontiert.

Alles wird einverleibt

Der blau-weiße Wälzer berichtet denn auch von – je nach Perspektive – geglückter und misslungener Raumplanung und Architektur für ein stark industrialisiertes Gebilde. Auf diesem Gebiet war der Aargau helvetisches Testfeld. Es ist wohl kein Zufall, dass ausgerechnet hier die erste Fussgängerzone der Schweiz entstand (1970 in Baden).

Das Blättern im Buch und nicht zuletzt im ausgezeichneten Bildteil ist so interessant wie vergnüglich: kaum eine Facette des Kantons, die nicht vorkäme. Zuweilen führt das lexikografische Prinzip der Vollständigkeit ins Absurde: Was irgendwie positiv als aargauisch zu labeln ist, wird einverleibt, in das Kulturkapitel etwa die Walliser Pop-Sängerin Sina, die seit 2000 im Aargau lebt. Auch Globi ist ein Aargauer, denn der Dichter seiner Verse war auch einer, genauer: Er war Ennetbadener!

Und zuweilen drückt die Gegenwart halt doch durch: Manche Passagen lesen sich, als ob sie Vorstudien für eine Selbstdarstellung von Regierung und Verwaltung wären. Offenbar wird seit Jahrzehnten alles besser, weil man aus den Fehlern der Vergangenheit lernt – Kantonsgeschichte als Fortschrittsgeschichte. Die Ausführungen zur Sozialpolitik und besonders zur Kinderfürsorge sind verkürzt und schönfärbisch ausgefallen. Aber dies ist nur ein Aspekt des Buchs. Als Einstieg empfiehlt sich der funkelnde Epilog.

Historische Gesellschaft des Kantons Aargau (Hrsg.): Zeitgeschichte Aargau 1950–2000. Verlag Hier und Jetzt, Zürich 2021. 619 S., Fr. 62.90.

Besprechungszweck: Massenmord

Auf der Wannseekonferenz wurde 1942 über die «Endlösung» beraten. Doch der Holocaust entstand nicht dort

FRANK BAJOHR

Vor 80 Jahren, am 20. Januar 1942, trafen sich fünfzehn Vertreter des nationalsozialistischen Staates, der NSDAP und der SS in einer Villa am Grossen Wannsee in Berlin zu einer Besprechung. Eingeladen von Reinhard Heydrich, dem Chef des Reichssicherheitshauptamtes, berieten die Teilnehmer knapp zwei Stunden über die «Endlösung der Judenfrage» in Europa.

Als faktische Selbstermächtigung Heydrichs inszeniert, sollte die Beratung die operative Federführung der SS bei der «Endlösung» sicherstellen, andere Instanzen und Ministerien zur Kooperation verpflichten und aktuelle Probleme zur Sprache bringen, wie die angelaufenen Deportationen von Juden oder die Frage, welche Personenkreise definitorisch in die «Endlösung» einbezogen werden sollten.

Diese Konferenz ist als «Wannseekonferenz» in die Geschichte eingegangen, und der Tagungsort besitzt heute für die Wahrnehmung des Holocaust eine ähnliche ikonische Qualität wie Auschwitz. Hätte man nicht 1947 in den Aktenbeständen des Auswärtigen Amtes ein Exemplar des von Adolf Eichmann verfassten Ergebnisprotokolls aufgefunden, wäre jedoch die Konferenz vermutlich nur einem kleinen Kreis von Fachhistorikern bekanntgeworden. Letztere bewerten heute die faktische Bedeutung der Konferenz zu meist als gering, die des Protokolls jedoch umso höher. Es existiert nämlich kein zweites schriftliches Dokument, das in vergleichbarer Präzision die Vernichtungsabsicht des NS-Regimes gegenüber den europäischen Juden erkennen lässt.

Drei problematische Deutungen

Nur mühsam kaschiert durch die Tarnsprache Eichmanns, entfaltet sich bei der Lektüre des Protokolls die ganze amoralische Ungeheuerlichkeit dieser Besprechung, auf der Vertreter eines Staates in entspannter Atmosphäre – bei Häppchen und Cognac – über einen millionenfachen Mord als Dienstaufgabe dis-

kutierten. Laut statistischer Aufstellung kamen für die «Endlösung der europäischen Judenfrage» nicht weniger «als rund 11 Millionen Juden in Betracht», unter ihnen auch die jüdischen Einwohner in Ländern wie der Schweiz, die sich ausserhalb des deutschen Machtbereichs befanden.

Während der Wert des Protokolls, in dem sich der Zivilisationsbruch des Holocaust ungeschminkt widerspiegelt, nicht hoch genug veranschlagt werden kann, ihnen auch die Bedeutung der Wannseekonferenz nach 1945 oft überschätzt. Zudem verbanden sich mit ihr Deutungen des Holocaust, die im Lichte der jüngeren Forschung fragwürdig geworden sind. Vor allem drei problematische Deutungen der Konferenz sind in diesem Zusammenhang zu erwähnen.

So ist erstens bis heute die Annahme weit verbreitet, dass auf der Konferenz die «Endlösung der Judenfrage» beschlossen worden sei, wie es dem Verfasser dieses Artikels noch Ende der 1970er Jahre im Schulunterricht vermittelt wurde. Die Teilnehmer der Konferenz, von denen niemand einen höheren Rang als den eines Staatssekretärs einnahm, waren jedoch überhaupt nicht befugt, einen Beschluss von derartiger Tragweite zu treffen – ohne Hitler, Himmler, Göring oder die Reichsminister, von denen kein einziger an der Tagung teilgenommen hatte. Die historische Forschung ist sich heute überdies einig, dass der Massenmord an den europäischen Juden weder auf einen Konferenzbeschluss noch auf einen «Führerbefehl» zurückging. Vielmehr entwickelte sich der Holocaust aus einem Prozess schubweiser Radikalisierung, der im Sommer 1941 mit dem deutschen Überfall auf die Sowjetunion begann, als Einsatzgruppen der Sicherheitspolizei und des SD hinter der Front zunächst jüdische Männer in grosser Zahl erschossen.

Ab August 1941 wurden dann auch jüdische Frauen und Kinder in die Mordaktionen einbezogen, denen bis zum Beginn der Wannseekonferenz im Januar 1942 schon mehr als 500 000 Menschen zum Opfer gefallen waren. Und erst weitere Monate später, im Sommer 1942, verdichteten sich die

Massentötungen sowjetischer Juden schliesslich zu einem systematischen Programm, das auf die Ermordung aller europäischen Juden abzielte.

Fernab vom Schreibtisch

Zweitens verbindet sich mit der Wannseekonferenz bis heute oft die Vorstellung, dass der Holocaust in erster Linie ein bürokratischer Prozess gewesen sei, ein von «Schreibtischtätern» exekutierter «Verwaltungsmassenmord». Da ein bürokratischer Prozess – so die These – in zahllose einzelne Verwaltungsvorgänge zerfalle, die die moralische Verantwortung der Beteiligten minimierten, sei er besonders geeignet, um ein Staatsverbrechen zu exekutieren.

Nun trug die Judenverfolgung sowohl im Deutschen Reich als auch in den besetzten westeuropäischen Ländern unzweifelhaft bürokratische Züge. In Osteuropa und an den dortigen zahlreichen Tatorten sah dies jedoch anders aus. Die «Täterforschung» hat seit den 1990er Jahren vor allem die mordenden Direktäter des Holocaust ins Blickfeld gerückt, die die jüdische Bevölkerung fern jedes Schreibtisches in geradezu archaischen Massakern ermordeten: so zum Beispiel in Babyn Jar bei Kiew, wo Einsatzgruppen im September 1941 in zwei Tagen mehr als 33 000 jüdische Männer, Frauen und Kinder erschossen. Mit bürokratischen Regelungen oder Erfassungen hielten sich die NS-Täter in Osteuropa gar nicht erst auf. Hier standen Täter und Opfer einander unmittelbar gegenüber, wurde der Holocaust in einer Weise durchgeführt, die den landläufigen Bildern eines «Verwaltungsmassenmordes» oder «industriellen Massenmordes» in keiner Weise entspricht.

Drittens schliesslich wird die Wannseekonferenz oft mit dem Bild eines linear von oben nach unten verlaufenden Mord- und Entscheidungsprozesses verknüpft. Auch hier hat der Blick der Forschung nach Osteuropa zu deutlichen Korrekturen geführt. Nicht allein zentrale Entscheidungen in Berlin trieben den Holocaust voran, so die Erkenntnis der Forschung, sondern ein Zusammenwirken zwischen der Berliner Zen-

trale und Akteuren an der Peripherie der deutschen Besatzungsherrschaft, wo NS-Täter mit eigenständigen Initiativen die Praxis des Mordens (mit)bestimmten.

In den letzten Jahren nimmt die Forschung zunehmend auch nichtdeutsche Täter in den Blick, die im Protokoll der Wannseekonferenz vollkommen konturenlos bleiben. Auch das Verhalten der nichtjüdischen Bevölkerung unter deutscher Besatzung wird mittlerweile systematisch erforscht, so dass sich eine wachsende «Europäisierung» der Forschungsperspektive feststellen lässt.

Schreckenstaten in Eigenregie

Natürlich kann an der zentralen Verantwortung NS-Deutschlands für den Holocaust kein Zweifel bestehen. Ohne Hitler, den Nationalsozialismus und die deutsche Besatzungsherrschaft in Europa wäre es niemals zu einem Massenmord an den europäischen Juden gekommen. Allerdings waren die deutschen Besatzer letztlich darauf angewiesen, dass die nichtjüdische Bevölkerung in den besetzten Ländern im Alltag einen klaren Trennungsstrich zwischen sich und den verfolgten Juden zog. In den mobilen Mordeinheiten im Osten wirkten zahlreiche nichtdeutsche Täter mit, vor allem Balten und Ukrainer, und manche Verbündete Nazideutschlands wie die Rumänen ermordeten Hunderttausende von Juden in Eigenregie, ohne von den Deutschen gezwungen worden zu sein.

Insgesamt fällt der Blick zurück auf die Wannseekonferenz aus der Perspektive heutiger Forschung ambivalent aus: Das Protokoll der Konferenz ist und bleibt ein einmaliges Schlüsseldokument des Holocaust, das aus der Konferenz jedoch kein zentrales Schlüsselereignis macht. Wer den Massenmord an den europäischen Juden vor allem aus der Perspektive der Wannseekonferenz erklären will, wird der Komplexität des historischen Geschehens nicht gerecht.

Frank Bajohr leitet das Zentrum für Holocaust-Studien am Institut für Zeitgeschichte, München, und lehrt als Professor an der Ludwig-Maximilians-Universität München.